

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzungstermin:	Mittwoch, 26.11.2025, 14:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	14:00 Uhr
Ende:	17:26 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Herr Christoph Bratmann - SPD

bis 17:21 Uhr; Vertretung für: Frau Sonja Lerche

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Thorsten Köster - CDU

bis 17:21 Uhr

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Vertretung für: Herrn Maximilian Pohler

Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS

ab 14:02 Uhr

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP

bis 15:22 Uhr; Vertretung für: Herrn Mathias Möller

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - Bürgermitglied

Herr Jens Lüttge - Bürgermitglied

Frau Susanne Schroth - Bürgermitglied

bis 17:09 Uhr

Herr Dr. Frank Schröter - Bürgermitglied

bis 17:09 Uhr

Herr Oskar Schwarz - Bürgermitglied

Herr Torsten Busch - vom Vorstand des Behindertenbeirats bestimmter Vertreter

Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Herr Christian Grußka - Vertreter der Polizei

bis 17:09 Uhr

Frau Gunhild Salbert - vom Vorstand des
Seniorenrates bestimmte Vertreterin
Herr Martino Rossi - Vertreter des Jugendparlaments

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Frau Anna Katharina Hanusch - Dezernentin VIII
Herr Dirk Franke - FBL 65
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Herr Burkhard Wiegel - FBL 66
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte
Frau Katja Gagnon - FB 67

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600
Frau Pauline Becker - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD	entschuldigt
Herr Matthias Disterheft - SPD	entschuldigt
Frau Sonja Lerche - SPD	entschuldigt
Herr Maximilian Pohler - CDU	entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Mathias Möller - FDP	entschuldigt
---------------------------	--------------

sachkundige Bürger

Herr Dr. Helge Wendenburg - Bürgermitglied	entschuldigt
Herr Aytakin Demirbas - vom Vorstand des Behindertenbeirats bestimmter Vertreter	entschuldigt

Verwaltung

Herr Peter Geisenhainer-Anhalt - RefL 0660	entschuldigt
Herr Jens-Christian Kügler - FBL 06	entschuldigt
Frau Katja Langer - RefL 0650	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.09.2025
(öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen
- 3.1. Arbeitskreis für urbane Mobilität (AuM) 25-26804
4. Anträge
- 4.1. Sichere Radverkehrsführung im Umfeld Hagenbrücke/Küchenstraße 25-26817
- 4.2. Unterbindung des Kfz-Durchgangsverkehrs in der Adolfstraße 25-26913
- 4.3. Kennzeichnung von Hindernissen für Blinde und Sehbehinderte 25-26949
- 4.3.1. Kennzeichnung von Hindernissen für Blinde und Sehbehinderte 25-26949-01
(Neu)
- 4.4. Stationsbasiertes Park-System für E-Scooter auch außerhalb der Okerumflut 25-26946
- 4.4.1. Stationsbasiertes Park-System für E-Scooter auch außerhalb der Okerumflut 25-26946-01
(Neu)
- 4.4.2. Stationsbasiertes Park-System für E-Scooter auch außerhalb der Okerumflut Änderungsantrag zur Vorlage 25-26946 25-26946-02
(Neu)
5. Konzept zum Bankspendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig" 25-26951
6. Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen 25-26437
7. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragsatzung) 25-26006
8. Erste Änderung der Satzung über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Einstellplätze von Kraftfahrzeugen (Einstellplatzablösesatzung) 25-26421
9. Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Abt-Jerusalem-Straße, Büldenweg, Gaußstraße, Linnéstraße, Pockelsstraße Süd und Spielmannstraße 25-26638
- 9.1. Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Abt-Jerusalem-Straße, Büldenweg, Gaußstraße, Linnéstraße, Pockelsstraße Süd und Spielmannstraße Änderungsantrag zur Vorlage 25-26638 25-26638-01
(Neu)

10.	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Adolfstraße (Kurt-Schumacher-Straße bis Leonhardstraße)	25-26718
10.1. (Neu)	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Adolfstraße (Kurt-Schumacher-Straße bis Leonhardstraße)Änderungsantrag zur Vorlage 25-26718	25-26718-01
10.2. (Neu)	Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Adolfstraße (Kurt-Schumacher-Straße bis Leonhardstraße)Änderungsantrag zur Vorlage 25-26718	25-26718-02
11.	Ringgleisquerung über den Brodweg	25-26603
12.	25-26765 Richtlinie für nachhaltige Beschaffungen	
13.	Anfragen	
13.1.	Radverkehrsführung Hagenmarkt-Umfeld während der Weihnachtsmarktzeit	25-26798
13.1.1.	Radverkehrsführung Hagenmarkt-Umfeld während der Weihnachtsmarktzeit	25-26798-01
13.2.	E-Scooter in der Oker	25-26916
13.2.1.	E-Scooter in der Oker	25-26916-01
13.3.	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Disterheft, Ratsfrau Lerche sowie Ratsfrau Hahn entschuldigt fehlen und eine Vertretung durch Ratsherr Bratmann wahrgenommen wird. Ratsherr Pohler wird durch Ratsherr Täubert und Ratsherr Möller durch Ratsfrau Glogowski-Merten vertreten. Bürgermitglied Dr. Wendenburg fehlt entschuldigt und Bürgermitglied Schroth wird mit Verspätung an der Sitzung teilnehmen.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt in dieser Sitzung Frau Lenz (Gleichstellungsbeauftragte) zu Tagesordnungspunkt 3.1 und Frau Gagnon (Fachbereich Stadtgrün) zu Tagesordnungspunkt 5 und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5 an den Beginn vorzuziehen, um für Frau Gagnon die Wartezeit zu reduzieren.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.09.2025 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

3. Mitteilungen

3.1. Arbeitskreis für urbane Mobilität (AuM)

25-26804

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung 25-26804.

Ratsherr Dr. Plinke regt an, zusätzlich das Gleichstellungsreferat in den Arbeitskreis aufzunehmen, um die Bedeutung der Gleichstellung weiter zu unterstreichen.

Stadtbaurat Leuer zeigt sich offen für diesen Vorschlag und betont, dass das Thema Gleichstellung bereits berücksichtigt worden sei, jedoch nichts gegen eine zusätzliche Vertretung spreche.

Ratsfrau Arning spricht sich dafür aus, auch kleinere Fraktionen sowie das Jugendparlament in den Arbeitskreis einzubinden, da es sich um ein zukunftsweisendes Thema handele.

Ratsherr Behrens unterstützt diese Anregung und kritisiert die Beschränkung bei der Politik auf je eine Vertretung der drei großen Fraktionen des Rates. Er schlägt stattdessen vor, alle stimmberechtigten Fraktionen einzubeziehen, um eine breitere Beteiligung zu ermöglichen.

Herr Rossi plädiert ebenfalls für die Einbindung des Jugendparlaments und verweist auf die Bedeutung einer generationsübergreifenden Perspektive.

Stadtbaurat Leuer zeigt Verständnis für die vorgebrachten Vorschläge, betont jedoch die Notwendigkeit, die Größe des Arbeitskreises im Blick zu behalten, um dessen Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Er signalisiert Zustimmung zur Aufnahme einer Vertretung des Jugendparlaments sowie aller stimmberechtigten Fraktionen.

Ratsfrau Glogowski-Merten weist darauf hin, dass Fraktionen mit Grundmandat im Ausschuss nicht stimmberechtigt seien und erwartet die Berücksichtigung aller Fraktionen.

Ratsfrau Kluth schlägt vor, die Anregungen im Sinne eines demokratischen Miteinanders zu prüfen und bittet, den Ausschuss erneut zu informieren.

Protokollnotiz: Die Verwaltung wird zusätzlich das Gleichstellungsreferat, eine Vertretung des Jugendparlaments sowie einen Vertreter aller Ratsfraktionen zum Arbeitskreis für Mobilität einladen.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-26804 wird zur Kenntnis genommen.

5. Konzept zum Bankspendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig"

25-26951

Stadträtin Hanusch führt in die Vorlage 25-26951 ein.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth informiert Stadträtin Hanusch, dass - nach einem Beschluss des Rates über das Konzept - voraussichtlich zu Jahresbeginn möglich sein werde, die erste Bank zu spenden. Eine Pressemitteilung werde den Start des Programms begleiten.

Ratsfrau Mundlos äußert für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Konzept, weist jedoch darauf hin, dass die vorgestellten Bankmodelle größtenteils nicht seniorengerecht seien. Sie betont, dass Seniorinnen und Senioren Bänke mit Armlehnen benötigten, um sich beim Aufstehen abstützen zu können, und regt an, entweder die bestehenden Modelle entsprechend anzupassen oder kostengünstigere Alternativen zu finden.

Ratsherr Kühn fragt nach, ob das Modell „Abbenrode“ ebenfalls nachrüstbar sei, und regt an, sich bei der Lebenshilfe Braunschweig gGmbH zu erkundigen, ob diese ein geeignetes Modell mit Armlehnen anbieten könne.

Frau Salbert unterstützt die Forderung nach seniorengerechten Bänken und betont, dass auch jüngere Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen von diesen Modellen profitieren würden. Sie spricht sich dafür aus, entweder alle Modelle nachrüstbar zu machen oder von vornherein seniorengerechte Bänke anzubieten.

Stadträtin Hanusch sagt zu, die in der Sitzung dieses Ausschusses vorgetragenen Anregungen aufzunehmen und zu prüfen, ob alle Modelle entsprechend angepasst werden könnten. Sie kündigt an, zur Ratssitzung eine Rückmeldung zu geben, wie das Thema Seniorengerechtigkeit stärker berücksichtigt werden kann.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage 25-26951 zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Konzept zum Bankspendenprogramm „Meine Bank für Braunschweig“ und der Spendenrichtlinie wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4. Anträge

4.1. Sichere Radverkehrsführung im Umfeld Hagenbrücke/Küchenstraße

25-26817

Ratsfrau Kluth bringt für die Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN den Antrag 25-26817 ein und begründet diesen.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass er die Problematik für den Radverkehr nachvollziehen könne, jedoch darauf hinweist, dass der Bereich auch aufgrund der Gleisanlagen der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) und des Stadtbahnausbaukonzepts komplex sei. Er betont, dass eine umfassende Betrachtung aller Verkehrsträger, einschließlich der Stadtbahn und des motorisierten Individualverkehrs (MIV), notwendig sei. Eine Reduzierung der Fahrstreifenanzahl müsse simuliert werden, um die Auswirkungen zu bewerten. Er gibt zu bedenken, dass der angestrebte Zeitrahmen für eine Entscheidung im ersten Quartal 2026 ambitioniert sei.

Ratsherr Kühn unterstützt die Einbindung der Stadtbahn in die Planungen und regt an, die Möglichkeit einer Zweigleisigkeit der Stadtbahn in diesem Bereich zu prüfen. Er betont, dass eine solche Prüfung notwendig sei, um langfristige Planungen wie die Stadtbahnstrecke in Richtung Kanzlerfeld zu berücksichtigen und schlägt vor, diesen Aspekt in den Prüfauftrag aufzunehmen.

Ratsherr Dr. Plinke betont, dass mit dem Antrag 25-26817 keine umfangreichen baulichen Maßnahmen (Anpassung der Gleisanlagen) vorgesehen werden, sondern eine bestandsnahe Umsetzung, wie sie beispielsweise an der Ackerstraße („Protected Bikelane“) erfolgreich realisiert worden sei. Er verweist hierzu auf Untersuchungen in Studienarbeiten der TU Braunschweig, in denen einfache und kostengünstige Lösungen vorgeschlagen wurden.

Ratsherr Köster erklärt für die CDU-Fraktion, diesen Antrag und grundsätzlich weitere Reduzierungen von Fahrspuren abzulehnen. Er argumentiert, dass die Verkehrssituation im Bereich Hagenbrücke/Küchenstraße nicht mit der Ackerstraße vergleichbar sei.

Herr Rossi verweist auf eine Arbeit der TU Braunschweig, die zeige, dass eine Zweigleisigkeit der Stadtbahn und ein Radweg nach Braunschweiger Standard in diesem Bereich unter Reduzierung der Kfz-Spuren möglich sei, ohne den Verkehrsfluss des Kfz-Verkehrs erheblich zu beeinträchtigen (Leistungsstufe D).

Ratsherr Behrens erinnert daran, dass die Küchenstraße laut der Planung des vom Rat beschlossenen Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) künftig Teil des Hauptnetzes für den Radverkehr und nur noch Ergänzungsnetz des MIV sein solle. Dies bedeute, dass es dort langfristig keine zwei Spuren je Fahrtrichtung mehr für Autos geben werde.

Stadtbaurat Leuer weist darauf hin, dass eine mikroskopische Verkehrssimulation - aufgrund der Komplexität der Verkehrssituation - insbesondere vor dem Hintergrund der künftigen Stadtbahnführung - nötig sei, um die Wirkungen der Maßnahmen verlässlich beurteilen zu können. Ziel der Verwaltung ist sowohl die Verbesserung der Radverkehrsanlagen als auch die Sicherung der Erreichbarkeit der Parkhäuser.

Ratsfrau Jalyschko unterstützt die Durchführung einer mikroskopischen Simulation, fordert jedoch, dass die Verwaltung schon im Vorfeld Handlungsoptionen für unterschiedliche Ergebnisse der Simulation ermittelt. Die Strecke sei netzrelevant, entspreche in der aktuellen Radverkehrsplanung jedoch nicht den Standards. Es bestehe deshalb hier in jedem Fall Handlungsbedarf. Ratsfrau Jalyschko regt daher an, dass die Verwaltung bei Gelegenheit mögliche Alternativen skizziert.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass sich Handlungsalternativen am besten dann entwickeln lassen, wenn die Wirkungen bekannt sind. Die bereits durchgeführte mikroskopische Simulation am Hagenmarkt zeige, dass eine Änderung der Fahrspuraufteilung möglich ist. Eine Verlängerung des Modells auf angrenzende Abschnitte könne Potenzial schaffen, sollte aber erst nach Analyse der Auswirkungen vorgeschlagen werden. Aufgrund der Bedeutung der Straße im Verkehrsnetz und der Komplexität der Verkehrssituation rät Stadtbaurat Leuer, keine Entscheidungen ohne konkrete Wirkungsdaten zu treffen.

Ratsherr Kühn formuliert einen mündlichen Änderungsantrag, der den Antrag 25-26817 um die Prüfung einer zweigleisigen Führung der Stadtbahngleise im Bereich Hagenbrücke/Ecke Reichsstraße ergänzt.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Antrag 25-26817 zur Abstimmung.

Beschluss (geändert):

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche regelkonformen Führungen des Radverkehrs auf den Straßen Hagenbrücke und Küchenstraße möglich und absehbar realisierbar sind. Hierbei geht es insbesondere um die folgenden Abschnitte:

- Nördlich: vom Hagenmarkt bis zur Einmündung Alte Waage
- Südlich: vom Meinhardshof bis zur Casparistraße.

Geprüft werden soll auch, wie eine Umsetzung bestandsnah, d.h. mit wenig baulichen Maßnahmen, inkl. zeitlichem Benefit erfolgen kann.

Zusätzlich ist zu prüfen, ob im Zuge einer Anpassung der Straßenführung eine zweigleisige Führung der Stadtbahngleise im Bereich Hagenbrücke/Ecke Reichsstraße umgesetzt werden kann.

Das Ergebnis soll dem Ausschuss im 1. Quartal 2026 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

4.2. Unterbindung des Kfz-Durchgangsverkehrs in der Adolfstraße 25-26913

Frau Ratsfrau Kluth erklärt für die Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN, dass der Antrag 25-26913 zurückgezogen und durch den Änderungsantrag 25-26718-02 (TOP 10.2) ersetzt wird.

Ergebnis:

Der Antrag 25-26913 wird zurückgezogen.

4.3. Kennzeichnung von Hindernissen für Blinde und Sehbehinderte

25-26949

Ratsherr Köster bringt für die CDU-Fraktion den Antrag 25-26949 ein und begründet diesen.

Ratsherr Kühn erklärt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zum Antrag 25-26949, da viele Maßnahmen bereits umgesetzt seien, jedoch eine Überprüfung und Optimierung sinnvoll erscheint.

Ratsherr Dr. Plinke weist darauf hin, dass Markierungen für Abstellanlagen von Fahrrädern und E-Scootern für Sehbehinderte fehlen.

Ratsfrau Kluth ergänzt, dass in Hannover entsprechende Abstellflächen kostengünstig und effektiv mittels aufklebbaren Noppenbahnen gekennzeichnet würden. Sie erklärt, dass ihre Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN den Antrag 25-26949 unterstützt.

Ratsherr Behrens äußert für die Gruppe Die FRAKTION. BS ebenfalls Zustimmung zum Antrag 25-26949.

Stadtbaurat Leuer betont, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht ablehnend gemeint sei. Er bestätigt, dass die Zusammenarbeit der Verwaltung mit dem Behindertenbeirat gut funktioniere und die Anliegen aller Menschen mit Behinderungen ernst genommen würden. Er unterstreicht die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Bedürfnisse der Betroffenen zu berücksichtigen, und erklärt, dass die Verwaltung diesen Antrag unterstützt.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Antrag 25-26949 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, sich mit dem Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. in Verbindung zu setzen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen, wie Hindernisse (Poller, Fahrradständer, Treppenstufen etc.) in der Braunschweiger Innenstadt besser gekennzeichnet werden können.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4.3.1. Kennzeichnung von Hindernissen für Blinde und Sehbehinderte

25-26949-01

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Antrag 25-26949 (TOP 4.3)

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26949-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Stationsbasiertes Park-System für E-Scooter auch außerhalb der Okerumflut

25-26946

Ratsherr Köster bringt für die CDU-Fraktion den Antrag 25-26946 ein und begründet diesen. Er äußert Vorbehalte gegenüber dem Änderungsantrag 25-26946-02, da dieser die Verwaltung zu stark einschränken könnte.

Ratsherr Behrens bringt für die Gruppe Die FRAKTION. BS den Änderungsantrag 25-26946-02 ein und begründet diesen. Er äußert Bedenken gegenüber der CDU-Forderung, keine PKW-Stellflächen für E-Scooter-Parkplätze zu nutzen, da dies bestehende Regelungen verschlechtern könnte.

Ratsherr Köster entgegnet, dass der Antrag seiner Fraktion bewusst offen formuliert sei, um der Verwaltung Handlungsspielraum zu lassen.

Ratsherr Kühn signalisiert grundsätzlich Zustimmung zum Antrag 25-26946, weist jedoch auf die Herausforderungen hin, geeignete Flächen zu finden, die keine neuen Versiegelungen erfordern und weder Parkplätze noch Geh- und Radwege beeinträchtigen. Er betont, dass die Verwaltung bereits mit den Betreiberunternehmen im Gespräch sei und in sensiblen Bereichen zusätzliche Stellflächen eingerichtet werden sollten. Er hält es jedoch für schwierig, das „wilde“ Abstellen von E-Scootern vollständig zu verhindern.

Herr Wiegel ergänzt, dass die Stadt Braunschweig bereits zahlreiche Regelungen mit den Betreiberunternehmen getroffen habe, darunter die Einrichtung von Abstellflächen in der Innenstadt und am Bahnhof sowie die Ausweisung von Verbotszonen in Parks und an sensiblen Stellen wie Brücken. Er sieht die Stadt weiterhin gut aufgestellt und hält zusätzliche Beschlüsse für nicht erforderlich.

Ratsherr Dr. Plinke betont die grundsätzliche Einigkeit aller Gruppen und Fraktionen in dem Ziel, mehr Ordnung beim Abstellen von E-Scootern zu erreichen. Unklarheit bestehe jedoch darin, wie dies erreicht werden solle. Statt einer Abstimmung über die Anträge in der heutigen Sitzung regt er an, dass die Verwaltung den aktuellen Stand der Abstimmungen mit den Betreiberunternehmen darlegt, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

Ratsherr Köster erklärt für die CDU-Fraktion, den Antrag 25-26946 zurückzuziehen, um in den kommenden Wochen eine (gemeinsame) Lösung zu erarbeiten. Ratsherr Behrens stimmt diesem Vorgehen zu und erklärt, den Änderungsantrag 25-26946-02 ebenfalls zurückzuziehen.

Ergebnis:

Der Antrag 25-26946 wird zurückgezogen.

4.4.1. Stationsbasiertes Park-System für E-Scooter auch außerhalb der Okerumflut 25-26946-01

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Antrag 25-26946 (TOP 4.4)

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26946-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.4.2. Stationsbasiertes Park-System für E-Scooter auch außerhalb der Okerumflut Änderungsantrag zur Vorlage 25-26946 25-26946-02

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Antrag 25-26946 (TOP 4.4)

Ergebnis:

Der Änderungsantrag 25-26946-02 wird zurückgezogen.

5. Konzept zum Bankspendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig" 25-26951

Stadträtin Hanusch führt in die Vorlage 25-26951 ein.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth informiert Stadträtin Hanusch, dass - nach einem Beschluss des Rates über das Konzept - voraussichtlich zu Jahresbeginn möglich sein werde, die erste Bank zu spenden. Eine Pressemitteilung werde den Start des Programms begleiten.

Ratsfrau Mundlos äußert für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Konzept, weist jedoch darauf hin, dass die vorgestellten Bankmodelle größtenteils nicht seniorengerecht seien. Sie betont, dass Seniorinnen und Senioren Bänke mit Armlehnen benötigten, um sich beim Aufstehen abstützen zu können, und regt an, entweder die bestehenden Modelle entsprechend anzupassen oder kostengünstigere Alternativen zu finden.

Ratsherr Kühn fragt nach, ob das Modell „Abbenrode“ ebenfalls nachrüstbar sei, und regt an, sich bei der Lebenshilfe Braunschweig gGmbH zu erkundigen, ob diese ein geeignetes Modell mit Armlehnen anbieten könne.

Frau Salbert unterstützt die Forderung nach seniorengerechten Bänken und betont, dass auch jüngere Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen von diesen Modellen profitieren würden. Sie spricht sich dafür aus, entweder alle Modelle nachrüstbar zu machen oder von vornherein seniorengerechte Bänke anzubieten.

Stadträtin Hanusch sagt zu, die in der Sitzung dieses Ausschusses vorgetragenen Anregungen aufzunehmen und zu prüfen, ob alle Modelle entsprechend angepasst werden könnten. Sie kündigt an, zur Ratssitzung eine Rückmeldung zu geben, wie das Thema Seniorengerechtigkeit stärker berücksichtigt werden kann.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage 25-26951 zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Konzept zum Bankspendenprogramm „Meine Bank für Braunschweig“ und der Spendenrichtlinie wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen

25-26437

Die Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage 25-26437 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Widmungen der in der Anlage 1 bezeichneten Straßen sind zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**7. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von
Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragsatzung)**

25-26006

Die Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage 25-26006 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die Stadt Braunschweig (Erschließungsbeitragssatzung) wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Erste Änderung der Satzung über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Einstellplätze von Kraftfahrzeugen (Einstellplatzablösesatzung)

25-26421

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-26421 ein.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage 25-26421 zur Abstimmung.

Protokollnotiz: Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht im Anschluss an die Abstimmung über die Vorlage 25-26421 die Sitzung von 15:22 Uhr bis 15:32 Uhr für eine Sitzungspause

Beschluss:

Die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Einstellplätze von Kraftfahrzeugen (Einstellplatzablösesatzung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Abt-Jerusalem-Straße, Büldenweg, Gaußstraße, Linnéstraße, Pockelsstraße Süd und Spielmannstraße

25-26638

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-26638 ein

Stadtbaurat Leuer bestätigt auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth, dass die Markierungen auf der Fahrbahn so angepasst wurden, dass ein versehentliches Auffahren von Radfahrenden verhindert werde.

Ratsfrau Arning ist der Auffassung, dass in Fahrradstraßen das Parken nur parallel zur Fahrtrichtung erlaubt ist. Sie regt an, dies in den betroffenen Straßen zu ändern, da dort auch quer zur Fahrtrichtung geparkt werde.

Stadtbaurat Leuer entgegnet, dass der Abstand zwischen parkenden Fahrzeugen und dem Radverkehr ausreichend groß gewählt sei, um die Sicherheit zu gewährleisten. Eine Änderung der Parkordnung würde einen nicht zu empfehlenden erheblichen Eingriff darstellen.

Stadtbaurat Leuer erklärt auf Nachfrage von Bürgermitglied Schroth, dass eine Kontrolle der Einhaltung der Beschilderung „Anlieger frei“ schwierig und aufwendig sei, da im Einzelfall überprüft werden muss, ob die Fahrenden tatsächlich Anliegende seien. Es werde jedoch gelegentlich kontrolliert.

Ratsherr Dr. Plinke fragt, ob das halbhohes Parken in der Spielmannstraße aufgehoben werden könnte, um den Straßenquerschnitt zu verengen und so den Verkehr zu verlangsamen.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass dies geprüft worden sei, jedoch aufgrund der variierenden Straßenbreiten nicht umgesetzt werden kann.

Ratsherr Behrens bringt für die Gruppe Die FRAKTION. BS den Änderungsantrag 25-26638-01 ein und begründet diesen.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass in dicht besiedelten Wohngebieten möglichst wenige Einbahnstraßen eingerichtet werden sollten, da diese zu Nachteilen wie höhere Fahrgeschwindigkeiten und Umwegfahrten führen. Durch die für den Bültenweg vorgeschlagene Ausweisung eines nur kurzen Abschnitts als Einbahnstraße würde die Strecke für den Durchgangsverkehr unattraktiv, ohne dass Anwohnende große Umwege fahren müssten. Die Verwaltung geht davon aus, dass bereits dieses kurze Teilstück eine ausreichende Wirkung erzielt. Falls sich herausstellen sollte, dass diese Maßnahme nicht ausreicht, könne eine Anpassung vorgenommen werden. Stadtbaurat Leuer sichert zu, die Maßnahme nach etwa sechs Monaten zu evaluieren, um ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Die Ausschussvorsitzende stellt zunächst den Änderungsantrag 25-26638-01 zur Abstimmung. Sie stellt fest, dass dieser abgelehnt wird und stellt anschließend die Vorlage 25-26638 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der Umsetzung des „Qualitätsstandard für Fahrradstraßen und Fahrradzonen in Braunschweig“ gemäß Anlagen 1 bis 9 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6 dagegen: 0 Enthaltungen: 3

- | | | |
|-------------|--|--------------------|
| 9.1. | Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Abt-Jerusalem-Straße, Bültenweg, Gaußstraße, Linnéstraße, Pockelsstraße Süd und Spielmannstraße Änderungsantrag zur Vorlage 25-26638 | 25-26638-01 |
|-------------|--|--------------------|

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Vorlage 25-26638 (TOP 9)

Beschluss:

Die in Anlage 3 neu eingeplante Einbahnstraße zwischen der Gaußstraße und der Spielmannstraße wird in Richtung Norden bis zur Konstantin-Uhde-Straße (Anlage 4) erweitert.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 1 dagegen: 8 Enthaltungen: 0

- | | | |
|------------|---|-----------------|
| 10. | Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Adolfstraße (Kurt-Schumacher-Straße bis Leonhardstraße) | 25-26718 |
|------------|---|-----------------|

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-26718 ein.

Ratsfrau Jalyschko berichtet über eine kontroverse Diskussion im Stadtbezirksrat 130 Mitte. Sie kritisiert, dass trotz erheblichen Durchgangsverkehrs von der Verwaltung kein Modalfilter vorgesehen wird, obwohl Fahrradstraßen eigentlich vom Autoverkehr entlastet werden sollten. Sie bemängelt, dass die Verwaltung bislang keine Modalfilter ausprobiert hat und stets Gründe dagegen vorbringt. Es gibt aus Sicht von Ratsfrau Jalyschko praktikable Lösungen wie überfahrbare oder diagonale Modalfilter, die weder Feuerwehr behindern noch Wendeflächen erfordern. Im Ergebnis fehle der Verwaltung der Mut, wirklich innovative und lösungsorientierte Maßnahmen umzusetzen.

Herr Rossi begrüßt die Bemühungen der Verwaltung, den Durchgangsverkehr zu reduzieren, kritisiert jedoch die vorgeschlagene Beschränkung auf „Anlieger frei“ als unzureichend. Er verweist auf die Verkehrszählung des ADFC, die einen Durchgangsverkehrsanteil von 80 % ergeben habe, und schildert die Gefahren für Schüler des Wilhelm-Gymnasiums durch den starken Verkehr. Herr Rossi plädiert für einen Modalfilter, da dieser effektiver und kostengünstiger sei als regelmäßige Kontrollen und betont, dass die Erreichbarkeit für Anliegende, Lieferdienste und Rettungsdienste weiterhin gewährleistet bleiben könne.

Ratsherr Dr. Plinke bringt für die Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN den Änderungsantrag 25-26718-02 ein und begründet diesen. Ratsherr Dr. Plinke kündigt an, den Änderungsantrag 25-26718-01, der eine Einbeziehung des gesamten Quartiers vorsieht, abzulehnen, da dies aktuell als zu weitgehend angesehen wird.

Frau Schroth betont die Notwendigkeit baulicher Maßnahmen, um den Durchgangsverkehr zu reduzieren, insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit der Schüler. Sie kritisiert, dass die Beschränkung auf Anlieger frei ohne regelmäßige Kontrollen wirkungslos bleibe.

Ratsherr Behrens bringt für die Gruppe Die FRAKTION. BS den Änderungsantrag 25-26718-01 ein und begründet diesen. Er betont in Erwiderung auf die Aussage von Ratsherr Dr. Plinke, dass punktuelle Maßnahmen Probleme oft nur verlagern, langfristig daher nur ein Rahmenkonzept wirklich hilfreich wäre.

Stadtbaurat Leuer empfiehlt, für die Evaluation mindestens sechs Monate abzuwarten. Zudem könne die aktuelle Baumaßnahme in der Helmstedter Straße den Verkehr beeinflussen. Bezüglich eines Modalfilters weist er auf praktische Schwierigkeiten hin: Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge müssen passieren können, technische Systeme sind teuer und Haushaltsmittel stehen zurzeit nicht zur Verfügung. Daher schlägt er vor, zunächst die Markierungen und Beschilderungen umzusetzen, um sofort Verbesserungen zu erzielen und die Wirkungen zu beobachten. Ein Modalfilter könnte zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden.

Ratsherr Kühn unterstützt die stufenweise, moderate Vorgehensweise der Verwaltung und kündigt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage 25-26718 an. Er spricht sich gegen den im Änderungsantrag 25-26718-02 vorgeschlagenen Modalfilter aus, da dieser den Verkehr in benachbarte Straßen verlagern könnte. Eine Evaluation nach mindestens sechs Monaten erscheint Ratsherr Kühn sinnvoll, bevor weitergehende Maßnahmen umgesetzt werden. Kontrollen des Verkehrs könnten hier einen wichtigen Hinweis liefern.

Ratsfrau Jalyschko hinterfragt die Methodik der geplanten Evaluation und betont die Notwendigkeit eines Referenzwertes, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu beurteilen.

Nach Auffassung von Stadtbaurat Leuer ist die tatsächliche Verkehrssituation nach Abschluss der Baumaßnahme und Umsetzung der neuen Beschilderung entscheidend. Erst dann könne zuverlässig beurteilt werden, wie wirksam die Maßnahmen sind. Stadtbaurat Leuer erläutert, dass die geplante Beschilderung und Markierung zügig umgesetzt werden könnten, sobald die Witterungsbedingungen dies zuließen. Bezüglich möglicher Kontrollen wird die Verwaltung mit der Polizei in Kontakt treten.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt zunächst den Änderungsantrag 25-26718-02 zur Abstimmung. Sie stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Sodann stellt sie den Änderungsantrag 25-26718-01 zur Abstimmung und stellt fest, dass dieser ebenfalls abgelehnt wird. Abschließend stellt sie die Vorlage 25-26718 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Umsetzung des „Qualitätsstandards für Fahrradstraßen und Fahrradzonen in Braunschweig“ wird für die Adolfstraße (Kurt-Schumacher-Straße bis Leonhardstraße) gem. Anlage 1 und 2 mit Beschilderung „Anlieger frei“ zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6 dagegen: 0 Enthaltungen: 3

**10.1. Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Adolfstraße 25-26718-01
(Kurt-Schumacher-Straße bis
Leonhardstraße) Änderungsantrag zur Vorlage 25-26718**

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Vorlage 25-26718 (TOP 10)

Beschluss:

Zusätzlich zu der Vorlage der Verwaltung werden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb von drei Monaten die Wirksamkeit der Beschilderung „Anlieger frei“ zu überprüfen, dem Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben zu berichten, und - wenn die angestrebte Beschränkung der Zufahrt auf Anliegerverkehre nicht gelungen ist - einen Vorschlag für weitere Maßnahmen zu unterbreiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis Ende nächsten Jahres ein Verkehrskonzept für das Gebiet zwischen Jasperallee, Ottmerstraße und dem Wilhelminischen Ring vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie die Verkehrsführungen umgestaltet werden können, um die Sicherheit und Zuverlässigkeit aller Verkehrsformen zu verbessern, während Durchgangsverkehr verhindert und die Aufenthalts- und Wohnqualität in den anliegenden Straßen erhöht wird.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 1 dagegen: 8 Enthaltungen: 0

**10.2. Umsetzung Qualitätsstandard Fahrradstraßen - Adolfstraße 25-26718-02
(Kurt-Schumacher-Straße bis
Leonhardstraße) Änderungsantrag zur Vorlage 25-26718**

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Vorlage 25-26718 (TOP 10)

Beschluss:

1. Die vorgesehenen Markierungen der Dooring-Zonen und die Beschilderung „Anlieger frei“ werden umgesetzt wie in der Vorlage 25-26913 vorgeschlagen.
2. Unmittelbar nördlich der Einmündung Villierstraße/Adolfstraße wird ein Modalfilter (ähnlich wie Variante 2) eingesetzt, der für den Radverkehr dauerhaft und für Einsatzfahrzeuge und Servicedienste (Straßenreinigung, Müllabfuhr) nur im Bedarfsfall durchlässig ist.
3. Die Verwaltung wird um Vorschläge gebeten, wie ein solcher unter Punkt 2. beantragter Modalfilter ausgestaltet werden könnte.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 3 dagegen: 5 Enthaltungen: 1

11. Ringleisquerung über den Brodweg

25-26603

Ratsherr Dr. Plinke merkt an, dass es sich bei der geplanten Ringleisquerung um eine Maßnahme für den Fußverkehr handle, was er ausdrücklich betone und hervorhebe. Er erklärt, dass es grundsätzlich positiv sei, eine sichere Quermöglichkeit für Fußgängerinnen und Fußgänger zu schaffen. Dennoch betont er, dass zwischen der Einmündung des Ringgleises und dem Polizeistadion weiterhin eine Lösung für den Radverkehr fehle. Da auf diesem Abschnitt nach wie vor Mischverkehr herrsche fordert er mittelfristig eine Lösung, um die Sicherheit des Radverkehrs zu gewährleisten.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage 25-26603 zur Abstimmung

Beschluss:

„Der Planung und dem Bau der Querungshilfe am Brodweg entsprechend der Anlage 1 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

12. 25-26765 Richtlinie für nachhaltige Beschaffungen

Die Vorlage 25-26765 wird von der Verwaltung zurückgezogen.

13. Anfragen

13.1. Radverkehrsführung Hagenmarkt-Umfeld während der Weihnachtsmarktzeit

25-26798

Ratsfrau Kluth erklärt ihre Unzufriedenheit über die unverändert bestehende unbefriedigende Situation für den Radverkehr.

Ergebnis:

Die Anfrage 25-26798 wird zur Kenntnis genommen.

13.1.1. Radverkehrsführung Hagenmarkt-Umfeld während der Weihnachtsmarktzeit

25-26798-01

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Anfrage 25-26798 (TOP 13.1)

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26798-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.2. E-Scooter in der Oker

25-26916

Ratsherr Dr. Plinke fragt, was mit den E-Scootern geschehe, die von den Betreiberunternehmen nicht abgeholt würden und ob es eine Möglichkeit gebe, die Betreiberunternehmen in solchen Fällen zur Verantwortung zu ziehen. Er erkundigt sich zudem, ob die E-Scooter andernfalls als Elektroschrott entsorgt würden.

Herr Wiegel erläutert, dass die Bergung der E-Scooter aus der Oker durch die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) erfolge und diese die Fahrzeuge auch einlagere. Bisher habe es keinen Fall gegeben, in dem ein Anbieter die Abholung verweigert habe, da die E-Scooter zu wertvoll seien, um sie nicht zurückzunehmen. Es habe lediglich einmal eine Verzögerung bei der Abstimmung mit einem Verleihunternehmen gegeben.

Ratsfrau Kluth verweist auf den Hinweis der Verwaltung in der Antwort zu Frage 2, dass bei längerer Verweildauer der Akkus im Wasser Schäden entstehen könnten. Sie merkt an, dass die Akkus unter Umständen jahrelang im Wasser verbleiben könnten, da das Ablassen des Wassers in der Oker ein aufwendiger Prozess sei. Sie bittet die Verwaltung um eine Einschätzung zu den möglichen Schäden und eine Klärung der Frage, ob Verleihunternehmen die Möglichkeit hätten, die E-Scooter auch unter Wasser zu orten, da dies eine schnellere Bergung ermöglichen könnte.

Herr Wiegel weist darauf hin, dass der Bereich der Okerbrücken, in dem die E-Scooter abgestellt werden könnten, ausgeweitet worden sei, sodass die Leihe der Fahrzeuge nicht mehr in unmittelbarer Nähe der Oker beendet werden kann. Dies solle das Problem deutlich reduzieren. Eine Klärung der weiteren Fragen und Beantwortung in Form einer Protokollnotiz sagt Herr Wiegel zu.

Protokollnotiz: Die Ortungssysteme für die E- Scooter sind nicht dazu ausgelegt, eine Unterwasserortung durchzuführen.

Grundsätzlich sind die Akku-Packs von E-Scootern so abgedichtet, dass ein Wassereintritt nicht erfolgt. Wie lange diese Abdichtung gegenüber dauerhaft anstehendem Wasser (der Wasserdruck variiert je nach Tiefe des Wassers) standhält, kann nicht allgemein beantwortet werden. Bezogen auf die konkrete Bergung der Scooter aus der Oker sind erfreulicherweise bislang keine Beschädigungen an den Geräten festgestellt worden – insbesondere nicht an den Akku-Packs.

Ergebnis:

Die Anfrage 25-26916 wird zur Kenntnis genommen.

13.2.1. E-Scooter in der Oker

25-26916-01

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Anfrage 25-26916 (TOP 13.2)

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26916-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.3. Mündliche Anfragen

13.3.1 - Infrastrukturansiedlung im Gewerbegebiet Waller See

Ratsfrau Mundlos nimmt Bezug auf die Mitteilung 25-26923. Die Nutzung der Fläche durch das Modeunternehmen New Yorker SE bewertet sie ausdrücklich positiv. Gleichzeitig weist Ratsfrau Mundlos aber auch auf die bereits hohe verkehrliche Auslastung im Gewerbegebiet hin und fragt nach möglichen Maßnahmen zur Entzerrung des Verkehrsknotenpunkts; hier insbesondere nach einem möglichen Abfluss über die Veltenhöfer Straße, den sie als problematisch für die Wendener Bürgerinnen und Bürger bezeichnet. Zudem fragt sie nach einer möglichen Verkehrsführung über Thune am Betriebsgrundstück der Eckert & Ziegler SE vorbei und möchte wissen, ob es bereits konkrete Planungen oder einen Zeitrahmen für die Umsetzung gebe.

Stadtbaurat Leuer bestätigt, dass die Verwaltung sich mit den verkehrlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Ansiedlung von New Yorker befasst und erläutert, dass durch die geplante Nutzung der Fläche, einschließlich der Logistik, ein erhöhtes Verkehrsaufkommen entstehe. Nach seiner Einschätzung sei es die beste Lösung, den bestehenden Verkehrsknotenpunkt zu erweitern und zu optimieren, da dies der kürzeste Weg zur Autobahnauffahrt sei. Dies müsse sowohl räumlich als auch verkehrstechnisch geprüft werden. Zudem werde ein Verkehrsgutachten eingeholt, um die Maßnahmen fundiert planen und umsetzen zu können. An der Optimierung dieses bestehenden Verkehrsknotenpunktes arbeitet die Verwaltung vorrangig. Eine Brückenlösung, die in die Veltenhöfer Straße münde, werde als zweitbeste Option betrachtet. Stadtbaurat Leuer betont, dass eine solche Lösung, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf die betroffenen Gebiete, sorgfältig geprüft werden müsse. Hinsichtlich des Zeitrahmens erklärt er, dass die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens abgewartet werden müssten. Er schätzt, dass innerhalb des ersten Halbjahres eine Lösung erarbeitet werden könnte.

13.3.2 - Kapazität der Tiefgarage nach Sanierung

Ratsherr Dr. Plinke erkundigt sich nach der aktuellen Kapazität der Tiefgarage Packhof. Er verweist auf einen ADAC-Test aus dem Jahr 2012, in dem von 1.061 Stellplätzen die Rede gewesen sei. Nach der Sanierung der Tiefgarage seien es laut einer Pressemitteilung der Stadtverwaltung im August 2023 nur noch 954 Stellplätze. Er bittet um Erläuterung dieser Differenz. Zudem fragt er nach dem aktuellen Regellaß für die Stellplatzbreiten.

Herr Franke führt aus, dass die Anzahl der Stellplätze in der Tiefgarage Packhof im Jahr 2012 bei 1.061 gelegen habe. Bis 2021 habe sich diese Zahl im Zusammenhang mit dem Einbau von Brandschutztoren auf 1.055 reduziert. Im Rahmen der jüngsten Sanierung seien weitere Maßnahmen umgesetzt worden, die zu einer weiteren Reduktion der Stellplätze geführt hätten. So seien Schleusen vor Treppenhäusern und Aufzügen eingebaut worden, um den Brandschutz zu gewährleisten. Der zukünftige Ankermieter ermögliche seinen Kunden den Zugang vom zweiten Untergeschoss ins Erdgeschoss mittels Aufzügen, was ebenfalls Stellplätze beanspruche. Zudem seien neue Technikzentralen für die Haustechnik (einschließlich Brandmelde- und Steuerungstechnik) installiert und Lüftungskanäle und Datenschränkverteiler eingebaut worden, wodurch weitere Stellplätze entfallen seien. Darüber hinaus habe der Ankermieter eine Vergrößerung der Stellplatzbreiten im Kundenbereich gefordert, um den Anforderungen moderner, breiterer Fahrzeuge gerecht zu werden. Dies habe den Wegfall von 51 Stellplätzen zur Folge gehabt. Zusätzlich seien 13 Stellplätze durch die Installation von Fettabscheidern für den Ankermieter entfallen. Insgesamt habe sich die Anzahl der Stellplätze somit auf 954 reduziert. Die Breite der Stellplätze betrage in der Regel 2,30 Meter, während die 96 Stellplätze im zweiten Untergeschoss für den Ankermieter eine Breite von 3,45 Meter aufweisen.

13.3.3 - Aktualisierung der Verkehrsdaten und Verkehrsmodell

Ratsherr Dr. Plinke erkundigt sich nach der Aktualität der Verkehrsmengenkarten, die auf der städtischen Homepage verfügbar sind. Er weist darauf hin, dass die derzeit zugänglichen Karten aus dem Jahr 2016 stammen. Diese Karten seien für ihn ein wichtiges Instrument, um bei Straßenplanungen die betroffenen Verkehrsströme besser einschätzen zu können. Er fragt, wann die Verwaltung aktualisierte Verkehrsmengenkarten bereitstellen werde, die den aktuellen Stand der Verkehrsdichte und des Verkehrsnetzes widerspiegeln.

Herr Wiegel erklärt, dass die derzeit auf der Homepage verfügbaren Daten aus einem Analysefall des Jahres 2016 stammen. Er führt aus, dass die Erstellung eines neuen Verkehrsmodells mit aktuellen Daten sehr aufwendig sei. Im Rahmen der Bearbeitung des Mobilitätsentwicklungsplans arbeitet die Verwaltung gemeinsam mit dem Regionalverband an einem regionalen Verkehrsmodell. Ein neues, kalibriertes Verkehrsmodell sei voraussichtlich im Jahr 2027 zu erwarten.

Ratsfrau Kluth merkt an, dass die fehlenden aktuellen Daten die Arbeit des Rates und der Ausschüsse erschweren könnten, da diese Informationen für die Beurteilung von Verkehrsführungen und anderen verkehrsbezogenen Themen von Bedeutung seien.

Herr Wiegel entgegnet, dass in spezifischen Fällen, in denen die Daten von 2016 nicht mehr ausreichend aktuell seien, gesonderte Verkehrszählungen durchgeführt würden. Diese würden als Grundlage für Planungen dienen, um den Gremien fundierte Vorschläge unterbreiten zu können. Er verweist zudem darauf, dass das neue Verkehrsmodell zukünftig für solche Maßnahmen herangezogen werden könne.

Ratsfrau Kluth weist abschließend darauf hin, dass es für Laien schwierig sei, ohne aktuelle Daten fundierte Entscheidungen zu treffen oder Vorlagen der Verwaltung fachlich zu bewerten. Sie kündigt an, in solchen Fällen gezielte Nachfragen zu stellen, um die notwendigen Informationen zu erhalten.

13.3.4 - Änderung der Geh- und Radwegführung auf der Straße Nordanger

Ratsfrau Kluth weist auf die Ankündigung in einem Zeitungsartikel hin, dass die Nordstadt sowie der nördlich angrenzende Bereich für die Dauer von zwei Jahren vom Fuß- und Radverkehr abgekoppelt werden solle. Sie verdeutlicht, dass diese Sperrung eine erhebliche Einschränkung insbesondere für die Bewohnerinnen und Bewohner des dort entstehenden Neubaugebietes darstelle und hebt hervor, dass mobilitätseingeschränkte Personen die entstehenden Umwege nicht bewältigen könnten. Ratsfrau Kluth bittet daher um Prüfung, ob zumindest für Zufußgehende und Radfahrende eine Verbindung aufrechterhalten werden kann.

Herr Wiegel erklärt, dass während der Bauphase sowohl östlich als auch westlich des Nordangers größere Bauprojekte eines Investors umgesetzt werden und es zwischen den beiden Baustellen baustellenbedingte Verkehre geben werde. Eine Sperrung soll jedoch nur dann erfolgen, wenn dies aus Gründen der Gefährdung für den Fuß- und Radverkehr zwingend notwendig ist. Herr Wiegel verweist auf das der Gremienmitteilung 25-26731 beigefügte Verkehrskonzept und beschreibt die geplante Umleitung des Fuß- und Radverkehrs. Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (NiWo) wird ergänzend dazu alternative Wegebeziehungen für Zufußgehende ermöglichen, die zwischen den bestehenden Blöcken verlaufen. Diese Wege seien zwar nicht öffentlich, könnten jedoch genutzt werden, um die Wegstrecke etwas zu verkürzen.

Stadtbaurat Leuer ergänzt, dass sich die Verwaltung der Problematik für den Radverkehr bewusst sei und eine Sperrung grundsätzlich vermieden werden soll, betont jedoch, dass die Sicherheit oberste Priorität hat. Er erklärt, dass die Verwaltung in engem Austausch mit der NiWo bleibe, um die Bauentwicklung innerhalb der zwei Jahre genau zu beobachten.

13.3.5 - Parkplätze für E-Scooter auf der Südseite des Hauptbahnhofs

Ratsfrau Kluth informiert über einen Hinweis von Herrn Demirbas (Behindertenbeirat Braunschweig e. V.), dass es an der Südseite des Hauptbahnhofs, wiederholt zu Fehlabbildungen von E-Scootern gekommen sei. Aufgrund der verursachten erheblichen Behinderungen und Gefährdungen fragt sie, ob dort kurzfristig eine feste Station eingerichtet werden könne.

Herr Wiegel erklärt, die Anregung aufzunehmen und mit den Betreiberunternehmen besprechen zu wollen. Er betont, dass sich die Betreiberunternehmen hinsichtlich der Einrichtung von Stationen in der Regel sehr kooperativ zeigten. Die Flächen im genannten Bereich müssten allerdings zunächst auf ihre Eignung geprüft werden.

Da die Teilnahme an dieser Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben für Stadtbaurat Leuer die letzte in seiner Funktion als Stadtbaurat ist, spricht die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth ihm am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung für seine maßgebliche Unterstützung in den vergangenen Jahren ihren Dank aus. Sie lobt seine engagierte, fachorientierte Art, seine Fähigkeit, komplexe Themen verständlich zu machen, inhaltlich „Brücken zu bauen“ und die Ausschussmitglieder auch in schwierigen Situationen der Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 17:26 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat - -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -